
427/A(E) XXVI. GP

Eingebracht am 24.10.2018

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Irmgard Griss, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Ausbau der Medienstellen bei Gerichten

Die Medienstellen und Mediensprecher_innen der Gerichte haben die Aufgabe, durch Öffentlichkeitsarbeit das Verständnis für und das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz und ihre Einrichtungen zu stärken.

Wie die vielen Diskussionen bei für die Öffentlichkeit relevanten Gerichtsverfahren zeigen, kommt es zu Missverständnissen, weil Entscheidungen oft nicht ausreichend erklärt werden. Das hängt auch damit zusammen, dass die Medienstellen bei den Gerichten nicht ausreichend für die neuen Herausforderungen ausgestattet sind. Die sozialen Medien, die Liveticker aus den Verhandlungen, die Agenturen für Öffentlichkeitsarbeit (Litigation PR) machen es notwendig, dass die Justiz ihre Entscheidungen medientauglich erklärt.

Durch die aktuellen Einsparungen der Fortbildungsmaßnahmen in der Justiz sind auch die Ausbildungen für die Medienstellen betroffen. Es sind keine zusätzlichen Planstellen für diese demokratiepolitisch bedeutende Arbeit vorgesehen. Es müssen aber zusätzliche Planstellen geschaffen werden. Denn eine bloße Umschichtung ginge auf Kosten der Rechtsprechung.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz wird aufgefordert, ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen für die Medienstellen bei Gericht zur Verfügung zu stellen und Ausbildungs- und Fortbildungsmittel für diesen Bereich zu schaffen."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Justizausschuss vorgeschlagen.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.